

1.7.2020 - [Redaktionsmeldungen](#)

## Deutsches Jugendinstitut veröffentlicht Studie

Das [Deutsche Jugendhilfeeinstitut](#) (DJI) hat die Studie „Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie: DJI-Jugendhilfebarometer bei Jugendämtern“ veröffentlicht. Die Forschungsergebnisse zeigen auf, wie sich die Corona-Pandemie auf bestimmte Bereiche der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe auswirkt. Dazu wurde vom DJI eine bundesweite Onlinebefragung bei allen 575 Jugendämtern durchgeführt, an der sich 371 Ämter beteiligt haben. Im Fokus der Erhebung stehen **Fragen zum Kinderschutz** sowie zur Bereitstellung von **Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe**.

## Keine Zunahme von Hinweisen auf Kindeswohlgefährdung

Die meisten Jugendämter verzeichneten keine Zunahme von Hinweisen auf eine Kindeswohlgefährdung. Die Anzahl von Gefährdungsmeldungen und Inobhutnahmen hat sich entweder nicht verändert (55 % und 66 %) oder ist sogar gesunken (25 % und 19 %). Grund dafür könnte der **Wegfall von Unterstützungssystemen** und die daraus resultierende **Unterbrechung von Kommunikationswegen** sein, etwa aufgrund der Schließung von Schulen und Kitas. Deshalb besteht die Sorge, dass während des Lockdowns Fälle von Missbrauch, Gewalt und Vernachlässigung junger Menschen möglicherweise unerkannt geblieben sind.

## Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe während der Corona-Krise

Alle befragten Jugendämter nahmen trotz der bestehenden Beschränkungen **Aufgaben im Kontext des Kinderschutzes** und darüber hinaus wahr. Nur in wenigen Jugendamtsbezirken wurden keine stationären oder ambulanten Hilfen mehr begonnen. Dies war allerdings bei den präventiven Angeboten der Frühen Hilfen (25 %), beim Jugendwohnen (31 %) oder in der Jugendhilfe im Strafverfahren (32 %) häufiger der Fall. Die Jugendämter gaben für den Erhebungszeitraum vom 23.4. bis 12.5.2020 an, dass

- 99 % der Ämter weiterhin vorläufige Schutzmaßnahmen (Inobhutnahmen) von Kindern und Jugendlichen begonnen haben.
- 98 % trotz Kontaktbeschränkungen Hausbesuche bei den Familien nutzten.
- 87 % trotz der Einschränkungen weiterhin Hilfeplanungen durchgeführt haben, 37 % davon nur bei Hinweisen auf eine Kindeswohlgefährdung.
- 47 % zusätzliche Kapazitäten für Online-, Telefon- und Chatberatung bereitgestellt haben.

Die Studie ist [hier](#) abrufbar.